

**A) Berichterstatter Abgeordneter Dr. Harter:** Meine Herren! Es hat zu Kap. 76, Forstakademie Tharandt, keine Einigung stattgefunden. Die Erste Kammer ist auf ihrem Standpunkte stehen geblieben und die Zweite Kammer auch.

**Präsident:** Es bezieht sich dies also auf den Beschluß der Zweiten Kammer, daß eine Umgestaltung der Forstakademie herbeigeführt werde.

Will die Kammer beschließen, bei ihrem Beschlusse stehenzubleiben?

Gegen eine Stimme.

Wir gehen in den **Mitteilungen und Beschlüssen über die Ergebnisse des Vereinigungsverfahrens** weiter zu

**c) über Tit. 20 des außerordentlichen Staatshaushaltsplanes für 1918/19, Erweiterung des Bahnhofes Löbau (Sa.).**

Berichterstatter Herr Abgeordneter Rentsch.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

**Berichterstatter Abgeordneter Rentsch:** Meine Herren! Die Erste Kammer ist dem Beschlusse der Zweiten Kammer vom 26. April d. J. beigetreten, nach **(B)** welchem direkte Züge von Bautzen nach Zittau nach Ansicht der Regierung über Löbau nicht verkehren können. Die Sache ist demnach durch den Beitritt der Ersten Kammer nach unseren Beschlüssen erledigt.

**Präsident:** Es bewendet bei dieser Anzeige.

Wir kommen zu Punkt d der **Mitteilungen und Beschlüsse über die Ergebnisse des Vereinigungsverfahrens über das Königliche Dekret Nr. 21, Gewährung von Steuerungszulagen.**

Berichterstatter Herr Abgeordneter Frenzel.

Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

**Berichterstatter Abgeordneter Frenzel:** Meine Herren! Beim Vereinigungsverfahren ist eine Reihe aus früheren Verhandlungen bekannter Wünsche geäußert worden, auf deren Erfüllung weder die Regierung noch die Erste Kammer zugekommen sind. Nur hinsichtlich der sechsmonatigen Frist, während welcher der Beamte usw. im Dienst gewesen sein muß, um der einmaligen Steuerungszulage teilhaftig zu werden, hat die Regierung in dankenswerter Weise zugesichert, diese Frist bezüglich der verheirateten Beamten und Arbeiter auf vier Monate herabzusetzen; ein dahingehender Antrag sei vom Finanzministerium beim Gesamtministerium bereits eingereicht

worden. Nach dieser Erklärung hat die Finanzdeputation **A (C)** gegen drei Stimmen beschlossen, dem Beschlusse der Ersten Kammer beizutreten.

Behufs Ausfertigung der Ständischen Schrift ist von beiden Deputationen unter Zustimmung der Regierung folgender Antrag formuliert worden:

Die Kammer wolle beschließen:

Dem Beschlusse vom 18. März 1918 unter Ziffer 1 der Drucksache Nr. 168 hinzuzufügen: „überdies die einmalige Steuerungszulage allen Beamten zu gewähren, die den in der Anlage A des Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Wohnungsgeldzuschüsse vom 1. Juli 1912 vorgesehenen Beamtenklassen 6, 5, 4, 3 oder 2 angehören, sofern die sonstigen Voraussetzungen für die Gewährung der einmaligen Steuerungszulage erfüllt sind.“

Namens der Mehrheit der Deputation bitte ich das Hohe Haus, diesen Antrag zum Beschlusse erheben zu wollen, um die Übereinstimmung in den Beschlüssen beider Kammern herbeizuführen.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Müller (Zwickau).

**Abgeordneter Müller (Zwickau):** Meine Herren! Im gestrigen Vereinigungsverfahren ist seitens der Vertreter der Königlichen Staatsregierung Mitteilung darüber gemacht worden, daß die Staatsregierung sich **(D)** bereit erkläre, die ursprünglich gegenseitig vereinbarte, von ihr aber erweiterte Wartezeit zum Bezuge der einmaligen Steuerungszulagen von sechs Monaten auf vier Monate herabzusetzen, den Zustand also wiederherzustellen, der, wie ich schon erwähnt habe, ursprünglich zwischen dem Vertreter der Königlichen Staatsregierung und beiden Ständekammern vereinbart worden war. Soweit gut!

Aber, meine Herren, die Königliche Staatsregierung hat an der Fassung dieser Vorlage noch eine Korrektur vorgenommen, die mich doch zwingt, noch einmal darauf einzugehen. Zunächst sind die abkommandierten und die beurlaubten Arbeiter von dem Bezuge der einmaligen Steuerungszulage ausgenommen worden. Das ist eine Behandlung, die weder von der Deputation noch von den Kammern gewollt worden ist, weswegen wir auch unsere Zustimmung zu einer derartigen Ausnahme nicht geben können.

Ferner, meine Herren, sind diejenigen weiblichen Personen mit eigenem Hausstande, deren Männer sich jetzt im Felde befinden, gleichviel ob diese im Eisenbahndienste früher beschäftigt waren oder nicht, ebenfalls von der Gewährung der einmaligen Steuerungszulagen ausgenommen worden. Ich glaube, auch dazu hätte die Finanzdeputation — ich gehe wohl keinen Augenblick fehl, wenn